

SCHLUSS MIT KRIEG & KAPITALISMUS! DAS SYSTEM IST DAS PROBLEM!

Für eine sozialistische Alternative zu Aufrüstung und Wehrpflicht!

Die Bundesregierung will mehr Soldat*innen für die Bundeswehr, um in Zukunft wieder Kriege zu führen. Das dürfen wir nicht zulassen!

Aufrüstung bringt keinen Frieden

Seit Jahren findet die größte Aufrüstungswelle in der Geschichte der Bundesrepublik statt. Alleine dieses Jahr sind 108.200.000.000 (108,3 Milliarden) Euro für die Bundeswehr geplant. Das ist das Geld, das an unseren Schulen, Unis und Jugendclubs fehlt! Wenn das Fünf-Prozent-Ziel der NATO umgesetzt wird, werden es Jahr um Jahr noch mehr werden! Wenn es drum geht, Aufrüstung und Krieg zu legitimieren, wird immer von "Verteidigung" gesprochen. So behaupten auch heute die Politiker*innen von CDU bis Grüne, dass die aktuelle Aufrüstung nötig sei, da Deutschland sich verteidigen müsse. Auch die AfD fordert mehr Aufrüstung. Allerdings werden diejenigen, die in der Vergangenheit in Afghanistan einmarschierten, bei der US-Invasion in Venezuela ein Auge zudrücken oder Israels Staatsterror gegen die Palästinenser*innen unterstützen, in Zukunft auch wieder bereit sein, selbst Kriege zu beginnen. So wird bereits jetzt ein möglicher Bundeswehreinsatz in der Straße von Hormus vorbereitet.

Wehrpflicht = Militarisierung

Anders als von einigen argumentiert, würde die Wehrpflicht unter den aktuellen Umständen die Bundeswehr nicht „demokratischer“ und „volksnaher“ machen. Die Wiedereinführung bedeutet heute vielmehr, dass die Mehrheit der Bundeswehr weiterhin aus Berufssoldat*innen bestehen würde, die in Kasernen gedrillt und indoktriniert werden. Die Wehrpflicht soll mehr spätere Berufssoldat*innen hervorbringen und die Gesellschaft militarisieren. Deswegen ist es richtig, die Schulen zu bestreiken und sich diesen Plänen massenhaft zu widersetzen!

Den Kampf effektiv führen

Der Streik ist auch das Kampfmittel der Arbeiter*innenklasse. Sie in die Kämpfe mit einzubinden ist notwendig. Als erstes müssen Kolleg*innen in Gewerkschaften, die sich dort für antimilitaristische und klassenkämpferische Positionen stark machen, einbezogen werden. Ansatzpunkte für gemeinsame Aktionen können die drohende Militarisierung des Gesundheitswesens sowie aktuelle Angriffe der Regierung auf die Gesundheitsversorgung, die Beschäftigte und Patient*innen treffen, sein. Es ist wichtig diese gemeinsamen Interessen von Arbeiter*innen und Schüler*innen in den Vordergrund zu stellen und nicht auf dem Standpunkt einer moralischen Verurteilung von Krieg und Wehrpflicht stehen zu bleiben.



Telefon: 030 / 247 238 02
E-Mail: info@solidaritaet.info
Web: www.solidaritaet.info
Insta: @solcwi/

SCHLUSS MIT KRIEG & KAPITALISMUS! DAS SYSTEM IST DAS PROBLEM!

Für eine sozialistische Alternative zu Aufrüstung und Wehrpflicht!

Die Bundesregierung will mehr Soldat*innen für die Bundeswehr, um in Zukunft wieder Kriege zu führen. Das dürfen wir nicht zulassen!

Aufrüstung bringt keinen Frieden

Seit Jahren findet die größte Aufrüstungswelle in der Geschichte der Bundesrepublik statt. Alleine dieses Jahr sind 108.200.000.000 (108,3 Milliarden) Euro für die Bundeswehr geplant. Das ist das Geld, das an unseren Schulen, Unis und Jugendclubs fehlt! Wenn das Fünf-Prozent-Ziel der NATO umgesetzt wird, werden es Jahr um Jahr noch mehr werden! Wenn es drum geht, Aufrüstung und Krieg zu legitimieren, wird immer von "Verteidigung" gesprochen. So behaupten auch heute die Politiker*innen von CDU bis Grüne, dass die aktuelle Aufrüstung nötig sei, da Deutschland sich verteidigen müsse. Auch die AfD fordert mehr Aufrüstung. Allerdings werden diejenigen, die in der Vergangenheit in Afghanistan einmarschierten, bei der US-Invasion in Venezuela ein Auge zudrücken oder Israels Staatsterror gegen die Palästinenser*innen unterstützen, in Zukunft auch wieder bereit sein, selbst Kriege zu beginnen. So wird bereits jetzt ein möglicher Bundeswehreinsatz in der Straße von Hormus vorbereitet.

Wehrpflicht = Militarisierung

Anders als von einigen argumentiert, würde die Wehrpflicht unter den aktuellen Umständen die Bundeswehr nicht „demokratischer“ und „volksnaher“ machen. Die Wiedereinführung bedeutet heute vielmehr, dass die Mehrheit der Bundeswehr weiterhin aus Berufssoldat*innen bestehen würde, die in Kasernen gedrillt und indoktriniert werden. Die Wehrpflicht soll mehr spätere Berufssoldat*innen hervorbringen und die Gesellschaft militarisieren. Deswegen ist es richtig, die Schulen zu bestreiken und sich diesen Plänen massenhaft zu widersetzen!

Den Kampf effektiv führen

Der Streik ist auch das Kampfmittel der Arbeiter*innenklasse. Sie in die Kämpfe mit einzubinden ist notwendig. Als erstes müssen Kolleg*innen in Gewerkschaften, die sich dort für antimilitaristische und klassenkämpferische Positionen stark machen, einbezogen werden. Ansatzpunkte für gemeinsame Aktionen können die drohende Militarisierung des Gesundheitswesens sowie aktuelle Angriffe der Regierung auf die Gesundheitsversorgung, die Beschäftigte und Patient*innen treffen, sein. Es ist wichtig diese gemeinsamen Interessen von Arbeiter*innen und Schüler*innen in den Vordergrund zu stellen und nicht auf dem Standpunkt einer moralischen Verurteilung von Krieg und Wehrpflicht stehen zu bleiben.



Telefon: 030 / 247 238 02
E-Mail: info@solidaritaet.info
Web: www.solidaritaet.info
Insta: @solcwi/

Sol-Mitglieder sind aktiv in der Linken und der Linksjugend. Die Linke ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die nicht auf Kapitaleseite steht und einen Beitrag zu den Protesten leisten kann. Wir kämpfen in der Linken für konsequent antimilitaristische Positionen und ein Programm, das in der Lage ist, Arbeiter*innen zu organisieren und die Notwendigkeit, den Kapitalismus abzuschaffen aufzeigt. Wir rufen alle streikenden Schüler*innen dazu auf, uns dabei zu unterstützen und gleichzeitig eine revolutionäre Alternative zum Kapitalismus aufzubauen.

Kapitalismus bedeutet Krieg

Im kapitalistischen System, in dem wir leben, stehen die Profitinteressen der großen Banken und Konzerne immer an erster Stelle. Die zahlreichen Konflikte auf der Welt aktuell verdeutlichen dies nur allzu gut, sei es beim Angriff der USA und Israels auf den Iran, bei der israelischen Invasion im Libanon oder beim Kampf zwischen westlichem und russischem Imperialismus um Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten in der Ukraine.

Der Kapitalismus führt zu immer mehr Kriegen, weil die Konkurrenz sich verschärft. Die Aufrüstung, die gerade durchgeführt wird, ist die Vorbereitung auf diese neuen Kriege. Auch die Wehrpflicht steht in diesem Zusammenhang. Sollte sie eingeführt werden, besteht die Gefahr, dass wir als Jugend für die Profitinteressen der deutschen Banken und Konzerne an die Front geschickt werden. Wir wollen jedoch in Zukunft nicht Jugendliche aus anderen Ländern töten oder getötet werden!

Wir lassen uns nicht an die Front schicken!

Wir vertrauen keinen pro-kapitalistischen Politiker*innen, die „Sicherheit“ predigen, während sie Krankenhäuser schließen, die Bildung kaputt sparen und Arbeitsrechte abbauen. Wir sagen: Auf die Straße statt an die Front! Lasst uns auch nach dem 8. Mai gemeinsam Widerstand aufbauen.

Demokratische Strukturen nötig

Das bedeutet auch, dass sozialistische Vorschläge und Ideen innerhalb der Schulstreikbewegung demokratisch diskutiert werden müssen. Bisher hat die SDAJ, die auf Bundesebene die Führung über die Streiks und die bundesweiten Streikversammlungen einnimmt, Diskussionen über eine antikapitalistische Ausrichtung, z.B. bei Konferenzen eher unterbunden. Vorschläge, ein demokratisches Führungsgremium zu wählen, wurden beim letzten Kongress ebenso abgelehnt. Für inhaltliche Debatten gab es angeblich nicht genügend Zeit und die Diskussionen wurden extrem unsolidarisch geführt. Wenn die Bewegung erfolgreich sein soll, müssen wir demokratische Strukturen durchsetzen, in denen dann über Ausrichtung und Vorgehen diskutiert werden kann.

Wir fordern:

- **Nein zur Wehrpflicht! Nein zum „freiwilligen“ Wehrdienst!**
- **Nein zur Aufrüstung und Militarisierung! Nein zum Fünf-Prozent-Ziel der NATO! Deutschland raus aus der NATO!**
- **Nein zum Bundeswehreinsatz in der Straße von Hormus!**
- **Nein zu Bundeswehrwerbung an unseren Schulen und Unis!**
- **Sofortiges Verbot von Rüstungsexporten!**
- **Gewerkschaften und Linke in die Offensive gegen Wehrpflicht und Militarisierung!**
- **Verstaatlichung der Rüstungsindustrie unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung und Umstellung auf zivile und nachhaltige Produktion!**
- **Massive Investitionen in Bildung, Klima, Soziales und Gesundheit!**
- **Sozialistische Demokratie statt Kapitalismus und Krieg!**



Sol-Mitglieder sind aktiv in der Linken und der Linksjugend. Die Linke ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die nicht auf Kapitaleseite steht und einen Beitrag zu den Protesten leisten kann. Wir kämpfen in der Linken für konsequent antimilitaristische Positionen und ein Programm, das in der Lage ist, Arbeiter*innen zu organisieren und die Notwendigkeit, den Kapitalismus abzuschaffen aufzeigt. Wir rufen alle streikenden Schüler*innen dazu auf, uns dabei zu unterstützen und gleichzeitig eine revolutionäre Alternative zum Kapitalismus aufzubauen.

Kapitalismus bedeutet Krieg

Im kapitalistischen System, in dem wir leben, stehen die Profitinteressen der großen Banken und Konzerne immer an erster Stelle. Die zahlreichen Konflikte auf der Welt aktuell verdeutlichen dies nur allzu gut, sei es beim Angriff der USA und Israels auf den Iran, bei der israelischen Invasion im Libanon oder beim Kampf zwischen westlichem und russischem Imperialismus um Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten in der Ukraine.

Der Kapitalismus führt zu immer mehr Kriegen, weil die Konkurrenz sich verschärft. Die Aufrüstung, die gerade durchgeführt wird, ist die Vorbereitung auf diese neuen Kriege. Auch die Wehrpflicht steht in diesem Zusammenhang. Sollte sie eingeführt werden, besteht die Gefahr, dass wir als Jugend für die Profitinteressen der deutschen Banken und Konzerne an die Front geschickt werden. Wir wollen jedoch in Zukunft nicht Jugendliche aus anderen Ländern töten oder getötet werden!

Wir lassen uns nicht an die Front schicken!

Wir vertrauen keinen pro-kapitalistischen Politiker*innen, die „Sicherheit“ predigen, während sie Krankenhäuser schließen, die Bildung kaputt sparen und Arbeitsrechte abbauen. Wir sagen: Auf die Straße statt an die Front! Lasst uns auch nach dem 8. Mai gemeinsam Widerstand aufbauen.

Demokratische Strukturen nötig

Das bedeutet auch, dass sozialistische Vorschläge und Ideen innerhalb der Schulstreikbewegung demokratisch diskutiert werden müssen. Bisher hat die SDAJ, die auf Bundesebene die Führung über die Streiks und die bundesweiten Streikversammlungen einnimmt, Diskussionen über eine antikapitalistische Ausrichtung, z.B. bei Konferenzen eher unterbunden. Vorschläge, ein demokratisches Führungsgremium zu wählen, wurden beim letzten Kongress ebenso abgelehnt. Für inhaltliche Debatten gab es angeblich nicht genügend Zeit und die Diskussionen wurden extrem unsolidarisch geführt. Wenn die Bewegung erfolgreich sein soll, müssen wir demokratische Strukturen durchsetzen, in denen dann über Ausrichtung und Vorgehen diskutiert werden kann.

Wir fordern:

- **Nein zur Wehrpflicht! Nein zum „freiwilligen“ Wehrdienst!**
- **Nein zur Aufrüstung und Militarisierung! Nein zum Fünf-Prozent-Ziel der NATO! Deutschland raus aus der NATO!**
- **Nein zum Bundeswehreinsatz in der Straße von Hormus!**
- **Nein zu Bundeswehrwerbung an unseren Schulen und Unis!**
- **Sofortiges Verbot von Rüstungsexporten!**
- **Gewerkschaften und Linke in die Offensive gegen Wehrpflicht und Militarisierung!**
- **Verstaatlichung der Rüstungsindustrie unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung und Umstellung auf zivile und nachhaltige Produktion!**
- **Massive Investitionen in Bildung, Klima, Soziales und Gesundheit!**
- **Sozialistische Demokratie statt Kapitalismus und Krieg!**

